

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Juli 1957

175/J

A n f r a g e

der Abgeordneten G l a s e r , Dr. T o n č i ć , G r i e ß n e r und Genossen.

an den Bundesminister für Handel und Wiederaufbau,  
betreffend Mietzinsbildung in den von der ehemaligen amerikanischen Besatzungs-  
macht errichteten Wohnhäusern in Salzburg.

-.-.-.-

Die amerikanische Besatzungsmacht hat seinerzeit in Salzburg eine verhältnismässig grosse Anzahl von Wohnungen errichtet, die den Besatzungssoldaten und ihren Familien dienten. Die Republik Österreich musste für diese Bauten den Grund beistellen; alle diese Häuser gingen nach Abschluss des Staatsvertrages in das Eigentum des Bundes über.

Von der Bundesgebäudeverwaltung II wurden im Herbst 1955 hunderte wohnungsuchende Salzburger Familien in diese Wohnungen eingewiesen und auch entsprechende Mietverträge abgeschlossen. Entsprechend den Mietverträgen sind vom Mieter pro Quadratmeter und Monat 3.50 S Grundzins und 3.80 S Betriebskostenanteil zu bezahlen. Eine Dreizimmerwohnung im Ausmass von rund 100 m<sup>2</sup> kostet daher monatlich mehr als 700 S. Trotz dieser Höhe haben viele Salzburger diese finanzielle Belastung auf sich genommen, um endlich die seit Jahren ersehnte Wohnung zu erhalten.

Nun hat vor kurzem die Bundesgebäudeverwaltung II den Mietern dieser Häuser mitgeteilt, dass die Betriebskosten pro Quadratmeter und Monat um einen Schilling erhöht werden mussten, was also für die meisten Wohnungen neuerlich eine finanzielle monatliche Mehrbelastung bis zu 120 S ergäbe.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind der Meinung, dass bei diesen Mietzinsen eine weitere Erhöhung eine schwere Belastung für die Mieter darstellen würde. Insbesondere wäre es für Familien mit Kindern nicht möglich, so hohe Mieten zu bezahlen, obwohl gerade diese Wohnungen wegen ihrer Grösse die Voraussetzung für die Entwicklung gesunder Familien bieten.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Handel und Wiederaufbau die

A n f r a g e :

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, die Mietzinsbildung in den in Rede stehenden Häusern zu überprüfen?
2. Ist der Herr Bundesminister insbesondere bereit, zu veranlassen, dass eine weitere Erhöhung der Mietzinse in diesen Häusern nicht vorgenommen werden wird?

-.-.-.-